KLEINE ANFRAGE

der Abgeordneten Jacqueline Bernhardt, Fraktion DIE LINKE

Finanzierung Schulsozialarbeiterinnen/Schulsozialarbeiter 2014 bis 2016

und

ANTWORT

der Landesregierung

1. Wie viele Schulsozialarbeiterinnen/Schulsozialarbeiter sind derzeit in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten Mecklenburg-Vorpommerns tätig?

In den Landkreisen und kreisfreien Städten sind nach dem aktuellen Monitoring mit Stand vom 02.06.2014 insgesamt 308 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter tätig. Diese verteilen sich wie folgt:

Landkreis	Anzahl Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter
Landeshauptstadt Schwerin	16
Hansestadt Rostock	32
Landkreis Ludwigslust-Parchim	42
Landkreis Vorpommern-Rügen	38
Landkreis Nordwestmecklenburg	28
Landkreis Mecklenburgische Seenplatte	60
Landkreis Rostock	39
Landkreis Vorpommern-Greifswald	53

2. Wie viele Restmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) stehen insgesamt in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten für die Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit zur Verfügung?

Die Mittel aus der Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU) gemäß § 46 Absatz 6 Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) und nach § 46 Absatz 5 SGB II mit einem Anteil von 5,9 Prozent (2011 bis 2013) dienen der mittelbaren Entlastung der kommunalen Träger für die Ausgaben für das Bildungs- und Teilhabepaket als gesetzliche kommunale Leistungen. Diese Mittel sind gemäß Landesausführungsgesetz SGB II insgesamt zweckgebunden für Bildung und Teilhabe. Am Jahresende nicht verwendete Mittel sind in das jeweilige Folgejahr zu übertragen. Soweit die anteiligen Mittel nicht an den Bund zurückgezahlt werden müssen (§ 46 Absatz 7 und 8 SGB II), entscheiden die kommunalen Träger in eigener Zuständigkeit, wie die Mittel im Rahmen der Zweckbindung konkret verwendet werden. Hierbei ist auch ein Einsatz für zusätzliche Schulsozialarbeit möglich. Insoweit wird auf die Antworten zu den Fragen 1, 3 und 4 der Kleinen Anfrage auf Landtagsdrucksache 6/2703 vom 3. März 2014 verwiesen.

Hinsichtlich der Höhe der in den Jahren 2011 und 2012 nicht verausgabten Mittel für Bildung und Teilhabe wird auf die Antwort zu Frage 2 der Kleinen Anfrage auf Landtagsdrucksache 6/2703 vom 3. März 2014 verwiesen.

Mit Ablauf des Jahres 2013 sind von den kommunalen Trägern unter Einbeziehung der unverbrauchten zweckgebundenen „BuT-Mittel“ der Vorjahre nach derzeitigem Stand folgende Mittel nicht für Bildung und Teilhabe verausgabt worden:

Landkreis/Stadt	Summe unverbrauchte Mittel per 31.12.2013 gesamt in Euro
Hansestadt Rostock	8.509.051
Landeshauptstadt Schwerin	2.913.835
Landkreis Ludwigslust-Parchim	4.327.115
Landkreis Mecklenburgische Seenplatte	5.593.094
Landkreis Nordwestmecklenburg	4.334.575
Landkreis Rostock	5.653.763
Landkreis Vorpommern-Greifswald	7.456.670
Landkreis Vorpommern-Rügen	2.856.527
FIAG *)	308.328
Summe Mecklenburg-Vorpommern:	41.952.958

*) Flüchtlingsaufnahmegesetz

3. Welche Angaben können aus den Landkreisen Ludwigslust-Parchim sowie Vorpommern-Rügen zur Finanzierung der Schulsozialarbeit aus BuT-Restmitteln für die Jahre 2014, 2015 und 2016 gemacht werden (bitte Art und Höhe der Finanzierung sowie Anzahl der Stellen angeben)?

Der Landkreis Ludwigslust-Parchim beabsichtigt, folgende unverbrauchte BuT-Mittel in den Jahren 2014 bis 2016 wie folgt einzusetzen:

2014:	696.624,87 Euro	20 Stellen,
2015:	755.304,61 Euro	21 Stellen und
2016:	755.304,61 Euro	21 Stellen.

Der Landkreis Vorpommern-Rügen setzt im Jahr 2014 323.200,00 Euro für 10 Stellen in der Schulsozialarbeit ein und beabsichtigt, auch in den Jahren 2015 und 2016 unverbrauchte BuT-Mittel für Schulsozialarbeit einzusetzen. Der Landkreis konnte jedoch zum jetzigen Zeitpunkt keine genaueren Angaben zur Höhe der Finanzierung und Anzahl der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, die in den Jahren 2015 und 2016 aus dem BuT finanziert werden, vorlegen.

4. Welche Angaben können aus den Landkreisen Mecklenburgische Seenplatte sowie Vorpommern-Greifswald zur Finanzierung der Schulsozialarbeit aus BuT-Restmitteln für die Jahre 2015 und 2016 gemacht werden (bitte Art und Höhe der Finanzierung sowie Anzahl der Stellen darstellen)?

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald beabsichtigt, unverbrauchte BuT-Mittel in den Jahren 2015 und 2016 in Höhe von 605.000,00 Euro für 18 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter einzusetzen.

Der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte beabsichtigt, auch in den Jahren 2015 und 2016 unverbrauchte BuT-Mittel für Schulsozialarbeit einzusetzen. Aufgrund des Vorbehaltes der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel können gegenwärtig keine genaueren Angaben zur Höhe der Finanzierung und der Anzahl der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter durch den Landkreis vorgelegt werden.

5. Ab welchem Zeitpunkt dürfen Restmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket laut Bundesvorgabe nicht mehr für die Schulsozialarbeit eingesetzt werden?

Eine Bundesvorgabe gibt es nicht. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

6. Wie stellt die Landesregierung angesichts wegfallender BuT-Mittel sicher, dass die Schulsozialarbeiterinnen/Schulsozialarbeiter in Mecklenburg-Vorpommern bis einschließlich 2016 und auch darüber hinaus weiter finanziert werden können?

Die Landesregierung geht davon aus, dass eine Finanzierung von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern aus Mitteln des ESF (Europäischer Sozialfonds) und aus den erheblichen unverbrauchten BuT-Mitteln der Kommunen bis 2016 und darüber hinaus gesichert werden kann.

7. Welche aktuellen Vorstellungen hat die Landesregierung zur Verwendung von ESF-Mitteln für die Jugendarbeit, die Jugendsozialarbeit sowie die Jugendschulsozialarbeit in Mecklenburg-Vorpommern?
 - a) Ist es nach den Förderkriterien des Operationellen Programms möglich, die offene Jugendarbeit aus ESF-Mitteln zu fördern?
 - b) Wie viele Stellen für die Schulsozialarbeit will die Landesregierung in der neuen ESF-Förderperiode vorhalten?
 - c) Mit welchen Mitteln und in welcher Höhe sollen die Schulsozialarbeiterinnen/Schulsozialarbeiter in Mecklenburg-Vorpommern zukünftig finanziert werden?

Zu 7, 7 a), 7 b) und 7 c)

Die Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) dürfen nach den Regelungen des Operationellen Programms Mecklenburg-Vorpommern nur für Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit verwandt werden.

Auf der Grundlage der in 2014 bestehenden Personalkostenanteile des Europäischen Sozialfonds können bis Ende der Förderphase 220 Fachkräfte der Schulsozialarbeit mitfinanziert werden. Für den Bereich Schulsozialarbeit werden im Europäischen Sozialfonds in der gesamten Förderphase 30,5 Millionen Euro bereitgestellt.

8. Im Rahmen der Einführung vereinfachter Kostenoptionen im ESF prüft das LAGuS vierteljährlich die Einhaltung der unterjährigen Zielvorstellungen. Wird das vereinbarte Ziel um mehr als 50 % unterschritten, wird die Vorschusszahlung eingestellt. Bedeutet dies, dass im Falle der Zielunterschreitung die Landkreise und kreisfreien Städte die Kosten für die betroffenen Schulsozialarbeiterinnen/ Schulsozialarbeiter ohne ESF-Mittel finanzieren müssen?
- a) Werden die Schulsozialarbeiterinnen/Schulsozialarbeiter im Falle der Zieleinhaltung im Folgezeitraum wieder in die ESF-Finanzierung aufgenommen?
 - b) Wie schätzt die Landesregierung diese Verfahrensweise unter anderem hinsichtlich zusätzlicher Unsicherheiten bei der Finanzierung sowie bei der Besetzung von Stellen mit Schulsozialarbeiterinnen/Schulsozialarbeiter im Land ein?

Zu 8, a) und b)

Die ESF-Fondsverwaltung erarbeitet zurzeit zusammen mit den zuständigen Stellen in den Landkreisen ein Verfahren zur vereinfachten Abrechnung der zur Finanzierung der Jugend- und Schulsozialarbeit eingesetzten ESF-Mittel ab dem Jahr 2015. Zugrunde liegen dieser Arbeit die Regelungen der EU-Kommission über die Anwendung vereinfachter Kostenoptionen im Rahmen des ESF. Wie dieses vereinfachte Abrechnungsverfahren schließlich aussehen wird und ob dieses auf quantitativen Zielvereinbarungen basieren wird, deren Unterschreitung die Einstellung von Vorschusszahlungen zur Folge haben würde, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gesagt werden.

9. Können frei werdende Mittel durch die vom Bund getragenen Kosten der Grundsicherung im Alter für die Schulsozialarbeit eingesetzt werden?
- a) In welcher Höhe stehen den Landkreisen und kreisfreien Städten im Jahr 2014 sowie voraussichtlich in den Jahren 2015 und 2016 frei werdende Mittel aus der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zur Verfügung (bitte nach Landkreisen einzeln auflisten)?
 - b) Zu welchen Anteilen können diese für die Schulsozialarbeit eingesetzt werden?

Soweit Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen, könnten sie unter anderem auch für die Schulsozialarbeit eingesetzt werden. Die Entscheidung, ob und wie gegebenenfalls zur Verfügung stehende Mittel verwendet werden, obliegt aber den Landkreisen und kreisfreien Städten im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung.

Zu a)

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, ob und inwieweit den Landkreisen und kreisfreien Städten in den Jahren 2014, 2015 und 2016 freiwerdende Mittel aus der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung tatsächlich zur Verfügung stehen werden.

Aussagen sind allein zur Höhe der vom Bund für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung für die einzelnen örtlichen Träger der Sozialhilfe übernommenen Beträge möglich. Diese werden nach den Prognosen des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales bei einer angenommenen Steigerung von 4,5 Prozent pro Jahr in den Jahren 2014 bis 2016 voraussichtlich folgende Höhe (in Euro) haben:

	2014	2015	2016
Hansestadt Rostock	10.492.500	10.964.600	11.458.000
Landeshauptstadt Schwerin	4.813.900	5.030.500	5.256.800
Landkreis Mecklenburgische Seenplatte	9.425.800	9.849.900	10.293.100
Landkreis Rostock	7.322.000	7.651.400	7.995.700
Landkreis Vorpommern-Rügen	7.074.400	7.392.700	7.725.300
Landkreis Nordwestmecklenburg	5.833.100	6.095.500	6.369.700
Landkreis Vorpommern-Greifswald	8.495.500	8.877.700	9.277.100
Landkreis Ludwigslust-Parchim	7.746.000	8.094.500	8.458.700
Mecklenburg-Vorpommern	61.203.200	63.956.800	66.834.400

Zu b)

Es wird auf die Antworten zu Frage 9 und 9 a) verwiesen.

10. Wie weit ist die Überarbeitung der Empfehlungen des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur „zur Ausgestaltung der Zusammenarbeit im Bereich der Schulsozialarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule in Mecklenburg-Vorpommern“ fortgeschritten?

Die gemeinsamen Empfehlungen des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales und des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zur Ausgestaltung der Schulsozialarbeit aus dem Jahre 2009 sollen im Herbst auf der Grundlage von Vorschlägen und Anregungen der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe und des Landesfachverbandes Schulsozialarbeit interministeriell überarbeitet werden.